



Herrn Bundeskanzler
Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Hannover und Saarbrücken, 23. März 2026

Ausbau der Offshore-Windenergie / Außenhandelspolitische Schutzinstrumente für Monopiles

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der Ausbau der Offshore-Windenergie ist für Deutschland ein unverzichtbarer Eckpfeiler auf dem schrittweisen Weg zur Klimaneutralität. Die steigenden Anforderungen an Versorgungs- und Systemsicherheit sowie die notwendige Beschleunigung des Ausbaus führen dazu, dass der Bedarf an hochbelastbaren Fundamentstrukturen, insbesondere an großformatigen Monopiles aus Stahl, rapide wächst. Dies gilt auch für Transition Pieces, die die Türme der Offshore-Windkraftanlagen mit dem jeweiligen Monopile verbinden. Die Komponenten sind das tragende Fundament moderner Offshore-Windkraftanlagen und damit ein elementarer Bestandteil der europäischen Energieinfrastruktur.

Die europäische Industrie verfügt traditionell über starke Fertigungskapazitäten in diesem Bereich. Unternehmen wie Steelwind Nordenham in Niedersachsen produzieren seit 2014 hochwertige Monopiles, die in internationalen Projekten weltweit eingesetzt werden und hinsichtlich Größe, Belastbarkeit und Qualität zu den führenden Produkten zählen. Die Bauteile erreichen bis zu 2.400 Tonnen Gewicht, Längen von 120 Metern und Durchmesser von bis zu 10 Metern und basieren auf europäischen Hochleistungsstählen, etwa aus der Dillinger-Gruppe im Saarland. Auf dieser industriellen Grundlage beruht in Europa ein erheblicher Teil der aktuellen Offshore-Ausbaupläne, die ihrerseits für das Erreichen der nationalen und europäischen Klimaziele unverzichtbar sind.

Gleichzeitig steht die europäische Wertschöpfungskette für Monopiles und Transition Pieces zunehmend unter massivem Druck durch chinesische Wettbewerber. China produziert mit mehr als einer Milliarde Tonnen Stahl pro Jahr ein Vielfaches der europäischen Produktion.

Während die Einfuhr stahlbasierter Vorprodukte in China bereits heute Schutzzöllen und regulatorischen Vorgaben unterliegen, können chinesische Produzenten fertige Monopiles und Transition Pieces nahezu zollfrei nach Europa exportieren. Diese strukturelle und zolltarifliche Asymmetrie führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und setzt europäische Unternehmen in zentralen Offshore-Ausschreibungen zunehmend unter Druck. Verschiedene Industrieakteure berichten mittlerweile von deutlich spürbaren Marktanteilsverlusten aufgrund preislich aggressiver Angebote chinesischer Anbieter, die weder europäischen Nachhaltigkeitsanforderungen noch europäischen Kostenstrukturen entsprechen.

Dieser Trend gefährdet nicht nur einzelne Unternehmen, sondern die gesamte europäische Lieferkette im Bereich Offshore-Windenergie. Eine wachsende Abhängigkeit von Drittstaaten in diesem kritischen Segment der Energieinfrastruktur hätte weitreichende Folgen für die Versorgungssicherheit, für Projektzeitpläne und für die Resilienz des Energiesystems. Die Europäische Kommission hat im Rahmen des 2025 vorgestellten Stahl- und Metallaktionsplans zwar angekündigt, kritische Wertschöpfungsketten künftig stärker zu schützen, doch für Monopiles und Transition Pieces als hochkomplexe weiterverarbeitete Stahlerzeugnisse bleibt eine konkrete außenhandelspolitische Schutzregelung weiterhin aus, obwohl die Marktdynamik klar darauf hinweist, dass hier eine erhebliche strategische Lücke besteht.

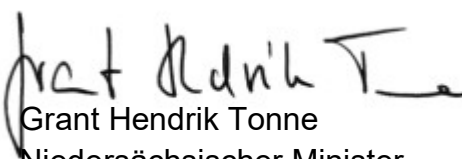
Vor diesem Hintergrund halten wir es für zwingend notwendig, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene nachdrücklich dafür einsetzt, Monopiles und Transition Pieces in die Anwendungsbereiche außenhandelspolitischer Schutzinstrumente aufzunehmen. Ein europäisches Verfahren zur Prüfung möglicher Marktverzerrungen sowie Maßnahmen wie Anti-Dumping- und Anti-Subventions-Untersuchungen, Ausgleichszölle oder Herkunftsregelungen könnten geeignet sein, faire Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen und zu verhindern, dass Europa in einem für die Energiewende und Transformation zentralen industriellen Segment in Abhängigkeit von Drittstaaten gerät. Dies würde nicht nur die heimische Industrie stärken, sondern auch die Stabilität der Offshore-Ausbaupfade sichern, die für das Gelingen der deutschen Energiewende unabdingbar sind.

Wir bitten Sie daher, die Bundesregierung im Sinne einer langfristigen energiepolitischen und industriellen Sicherheit zu positionieren und gegenüber der Europäischen Kommission für eine zeitnahe und entschlossene Prüfung außenhandelspolitischer Schutzmechanismen im Bereich der Monopiles und Transition Pieces einzutreten. Eine stabile europäische Fertigung ist für den Ausbau der Offshore-Windenergie ebenso entscheidend wie für die strategische Autonomie unserer Energiewirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen


Jürgen Barke

Minister für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie des Saarlandes


Grant Hendrik Tonne

Niedersächsischer Minister
für Wirtschaft, Verkehr und Bauen